

Jetzt nimmt auch die „Linke“ Stellung



Nach der CSU und dem Bürgerforum (wir berichteten) hat jetzt auch die Wasserburger „Linke“ in einem offenen Brief Stellung zur jüngsten Sitzung des Stadtrates sowie zur Diskussion über den Klimanotstand und die Eisbahn Stellung bezogen. Die Stadträtin der „Linken“, Sophia Jokisch, hatte bei der Sitzung eine sofortige Einstellung des Betriebs der Eisbahn gefordert. Hier nun der aktuelle Brief der „Linken“ im Wortlaut:

„Leuchtende Kinderaugen in Wasserburg, Tränen in den Augen bei Fridays for Future. Eisbahn, Klimanotstand und Verbot der Heizpilze, kommt da zusammen was zusammengehört? Die Linke Liste Wasserburg fragt, braucht's das?“

Dass der Bürgermeister versucht, die Eisbahn als verkehrslenkende Maßnahme auf Initiative des WFV schönzureden, ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die sich über die Diskussion für eine verkehrsberuhigte Altstadt gefreut haben. Eine sperrige Eisbahn ist kein umklappbarer Pfosten, welcher

durch den WFV selbst blockiert wurde.

Wegfallende Parkplätze waren immer ein Politikum, ausser es kann damit Geld gemacht werden.

Noch vor dem Beschluss des Klimanotstandes hat sich die Stadt Wasserburg 2008 zur Reduzierung des CO₂-Ausstoß um 40% bis 2020, und 80% bis 2050 verpflichtet. Hohe Stromverbräuche die bei dem Betrieb einer Eisbahn anfallen sind auch dadurch nicht ungeschehen zu machen, wenn man Ökostrom bezieht.

Die Verwirklichung der Konsequenzen aus dem beschlossenen Klimanotstand ist im Gegensatz zu der Verwirklichung einer Eisbahn komplex und daher schwer zu vergleichen. Die Sinnhaftigkeit einzelner Entscheidungen wirft aber für Aussenstehende viele Fragen auf.

In der Stadt Wasserburg kochen diesbezüglich die Emotionen hoch.

Die Linke Liste Wasserburg befürwortet die Steigerung der Attraktivität der Stadt und die Förderung zukünftiger Projekte.

Beschlüsse wie die Genehmigung der Eisbahn und der Klimanotstand, die im demokratischen Prozess denselben Stellenwert genießen müssen, sind in Zukunft allerdings bedachter in Einklang zu bringen.

Die Debatte um Klimaschutz ist ein öffentliches Bedürfnis, die bei künftigen politischen Entscheidungen mit einzubeziehen ist.

Die Linke Liste Wasserburg schlägt vor, bei den zahlreichen Stadtfesten und deren Optimierung als Stadt Wasserburg die Projektbetreibenden sowie eingebunden Privatunternehmer dazu anzuhalten, bei hohem Stromverbrauch für Transparenz zu sorgen und als Ausgleich in klimafreundliche Projekte, wie Baumpflanzung zu investieren.

Zielführend ist, dass alle Beteiligten sich in einem positiven Kompromiss zusammenfinden.“